



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Kathi Petersen, Klaus Adelt SPD**

Mit entwicklungspolitischer Partnerschaft Fluchtursachen bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Beispiel des Landes Baden-Württemberg zu folgen und zu prüfen, ob durch eine Partnerschaft des Freistaates Bayerns mit einer Krisenregion des Nahen Ostens ein effektiver landespolitischer Beitrag zur Bekämpfung der Fluchtursachen geleistet werden kann.

Begründung:

Experten zufolge ließe sich in den Herkunftsländern der Flüchtlinge mit dem gleichen Mitteleinsatz wie in Deutschland wesentlich mehr Menschen und noch dazu besser helfen als in den Zufluchtsstaaten Europas. Viele Flüchtlinge machen sich vor allem deshalb auf den langen und gefährlichen Weg nach Europa, weil die Grundversorgung in ihren Heimatländern zusammengebrochen ist und sie für sich und ihre Familien keinerlei Zukunft mehr erkennen können. Es ist deshalb zu prüfen, ob technisches Know-how und logistische Hilfe des Freistaates einschließlich seiner Kommunen, Wirtschaftsunternehmen und Entwicklungsorganisationen – etwa bei der Wasserversorgung und Müllentsorgung, aber auch Unterstützung für die Schulausbildung – dazu beitragen können, die Not rasch zu lindern und die Region mittelfristig wirtschaftlich so zu entwickeln, dass die Menschen in ihrer angestammten Heimat bleiben und sich dort eine Lebensperspektive für sie eröffnet.